

Persönlich / Vertraulich

Protokoll

Anlass	Sitzung Kommission Aussenwirtschaftspolitik (AWK)
Ort	economiesuisse, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich & virtuell MS Teams
Datum	20. Mai 2026
Zeit	09:30 - 11:30 Uhr
Anwesend	Gabella, François (Präsident AWK); Abegglen, Ron (Swiss Int. Airlines); Baha, Adam (GEM); Capaul, Catia (economiesuisse); Döbeli, Lucia (Johnson & Johnson); Dubra, Vanessa (Swiss Banking); Faeh, Céline (Zimmer Biomet); Flückiger, Peter (Swiss Textiles); Frey, Norina (economiesuisse); Gunasekera, Pascal (ABB); Häring, Elina (economiesuisse); Hunn, Adrian (Swiss Medtech); Leimbacher, Urs (Swiss Re); Lusenti, Arthur (CCIG); Markwalder, Christa (Zurich Insurance); Midez, Arnaud (economiesuisse); Minsch, Rudolf (economiesuisse); Pegoraro, Philippe (FH); Reich, Urs (SIX Group); Ruckstuhl, Sandra (Nestlé); Rumo, Gabriel (SwissHoldings); Schnurrenberger, Luc (economiesuisse); Schweizer, Gabriel (HKBB); Saavedra Olarte, Ute (swiss export); Steiner, Linda (Swissmem); Sollberger, Nicola (economiesuisse); Subilia, Vincent (CCIG); Toth, Lydia (Chocosuisse); Wild, William (F. Hoffmann-La Roche AG); Wüthrich, Pascal (economiesuisse)
Entschuldigt	
Protokoll	Pascal Wüthrich, 8. Juni 2026

1 Begrüssung und Information

François Gabella begrüsst die Teilnehmenden zur Sitzung. Zwölf Personen sind virtuell, 15 physisch anwesend. Er informiert, dass Monica Rubiolo am 1. Juni als Bereichsleiterin Aussenwirtschaft und Nachfolgerin von Jan Atteslander bei economiesuisse beginnen wird. Der Bereich Aussenwirtschaft ist dem Cluster Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft unter Leitung von Rudolf Minsch angegliedert. Zudem begrüsst er die beiden neuen Mitglieder in der AWK: Adam Baha vom Groupement des Entreprises Multinationales (GEM) mit Sitz in Genf sowie Christa Markwalder von Zurich Insurance.

Adam Baha bedankt sich für den warmen Empfang. Er ist der stellvertretende Generalsekretär des GEM. Der Verband vertritt in der Region Léman rund 110 internationale Unternehmen mit insgesamt 40'000 Mitarbeitenden. Ihre Mitglieder kommen aus allen möglichen Branchen. Das GEM engagiert sich auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene. Baha möchte regelmässig an AWK-Sitzungen teilnehmen und sich aktiv einbringen. Vor seiner Tätigkeit für das GEM war er sechs Jahre in der Direktion Aussenwirtschaft des SECO tätig.

Christa Markwalder dankt ebenfalls für den Empfang. Sie ersetzt das langjährige AWK-Mitglied Angel Serna und arbeitet bereits seit über 18 Jahren für die Zurich Versicherung. Derzeit ist sie Head of Public Affairs Switzerland und befasst sich unter anderem mit aussenwirtschaftlichen Belangen und den bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern.

François Gabella wünscht den beiden einen guten Start und fragt ob es noch Ergänzungen zu den Traktanden gibt. Das ist nicht der Fall. Die Agenda wird genehmigt.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. Januar 2026

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

3 Bilaterale III: Stand und Ausblick der parlamentarischen Beratung

Norina Frey gibt einen kurzen Überblick zum Stand des Dossiers. Der parlamentarische Prozess benötigt viel Multi-Tasking, birgt viele Fallstricke und der Zeitplan ist brüchig. Derzeit fehlt im Parlament der Blick fürs grosse Ganze und man verliert sich in Detailfragen. Einzelne zentrale Fragen sind auch noch offen. Die Abstimmung über die «Nachhaltigkeitsinitiative» vom 14. Juni stellt eine weitere Hürde dar. Es geht darum, eine Sistierung der Beratung zu verhindern. Dieser Antrag dürfte kommen, unabhängig vom Abstimmungsausgang. Der Rückhalt für das Tempo ist nicht überall gleich.

Norina Frey erklärt die Aufteilung der Dossiers im Ständerat. Für den gesamten Stabilisierungsteil gilt das erweiterte Mitberichtsverfahren (Bundesbeschluss I), das heisst die APK-S im Lead. Für einzelne Projekte sind die Sachbereichskommissionen zuständig. Das Beihilfeüberwachungsgesetz und der Lohnschutz werden in der WAK-S behandelt. Die SPK-S behandelt die Zuwanderung und die Referendumsfrage. Die Weiterentwicklungsteile bei Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit gehen für die Detailberatung direkt in die jeweiligen Sachbereichskommissionen. Es ist noch unklar, wie die APK-S mit den Mitberichten aus den anderen Ständeratskommissionen umgehen wird. Es gibt derzeit noch keine Fahne, aber dem Vernehmen kommt für den Bundesbeschluss I schliesslich alles auf eine Fahne.

Norina Frey erklärt, dass etwa auch das Beihilfeüberwachungsgesetz umstritten ist. Die Schweiz kann hier zwar ein eigenes Gesetz machen, was ein grosses Zugeständnis seitens der EU ist. Die WAK-S hinterfragt allerdings die Zuständigkeit der Weko. Das Entsendegesetz wurde von der WAK-S mit wenigen Änderungen bereits durchberaten. Die Massnahme 14 zum Kündigungsschutz wurde noch nicht diskutiert. Die SPK-S hat das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) bisher noch nicht behandelt. Dahingegen wurde die Referendumsfrage bereits beraten. Mit Stichentscheid der Kommissionspräsidentin wurde eine parlamentarische Initiative angenommen, die eine Verfassungsänderung vorschlägt, um den

vermeintlichen Widerspruch zum bestehenden Verfassungsartikel 121a (Masseneinwanderungs-Initiative) aufzulösen und die Handhabung der Schubert-Praxis zu regeln. Daneben wurden auch andere Pisten verfolgt wie ein Referendum sui generis. Die Diskussion dreht sich derzeit stark um juristische Fragen, während das grosse Ganze aus dem Fokus rückt. Zeitverzögerungen in diesem Teilbereich sind möglich. Norina Frey bittet die Mitglieder der Aussenwirtschaftskommission, bei ihren Gesprächen nochmals auf das grosse Ganze und die Bedeutung der Abkommen für die Wirtschaft aufmerksam zu machen. Das Stromabkommen in der UREK-S ist ebenfalls eine Herausforderung. Der Eintretensentscheid wurde vertagt und erfolgt erst nach dem 14. Juni. Insbesondere bei einem Ja oder einem knappen Ergebnis zur «Nachhaltigkeitsinitiative» werden Kräfte Auftrieb bekommen, die das Stromabkommen und die Bilateralen III sistieren möchten. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft ist dieses Abkommen und die damit verbundene Versorgungssicherheit jedoch zentral und alternativlos.

Norina Frey berichtet weiter, dass im Zentrum der politischen Debatte zwei übergeordnete Themen stehen: Die institutionellen Fragen (Verhältnis Landesrecht und Völkerrecht, Referendumsfrage) und die Zuwanderung. Die institutionellen Fragen haben wir mit unseren Spezialisten abgeklärt. Es gibt dort unterschiedliche Ansichten, die aufeinander prallen.

Norina Frey betont erneut, dass es essenziell ist, die übergeordnete Argumentation, weshalb die Wirtschaft dieses Paket braucht, ins Zentrum zu rücken. Die Mehrheiten in den Kommissionen sind knapp. In der APK-S sind wir relativ zuversichtlich, in der SPK-S und der WAK-S wird es schwieriger. Ein weiterer zentraler Erfolgsfaktor ist auch die Einigkeit im Bundesrat. Unmittelbarer Lobbying-Bedarf bestehen bei der parlamentarischen Initiative Caroni, die am 21. und 22. Mai in der SPK-N behandelt wird, bei der Eintretensdebatte zum Stromabkommen in der UREK-S vom 22. und 23. Juni sowie bei den SPK-S Beratungen zur Zuwanderung am 3. Juni und zur Referendumsfrage am 29. und 30. Juni.

Norina Frey geht auf den Zeitplan des Parlaments ein. Der Ständerat hat sich für das Dossier eine Behandlungsfrist bis zur Herbstsession gesetzt. Der Entscheid im Plenum des Ständerats soll also im September erfolgen. Falls das Paket zum aktuellen Zeitpunkt auf die lange Bank geschoben wird, ist es aus ihrer Sicht sehr schwierig, später wieder zu beschleunigen. Es besteht aber nach wie vor die Möglichkeit, dass der Stabilisierungsteil bis Ende Jahr in beiden Parlamentskammern durchberaten wird. Beim Ständerat kann es auch ein Vorteil sein, dass seine Mitglieder in bis zu 3 Kommissionen einsitzen. Das würde dann nämlich auch bedeuten, dass im Plenum nicht mehr jeder Stein umgedreht wird.

François Gabella betont, dass es ein langer Weg ist und der Teufel im Detail steckt. Als zusätzliche Herausforderungen nennt er auch Themen wie die Stahlschutzmassnahmen und arbeitslose EU-Grenzgänger.

Linda Steiner hat eine Frage zur Kommissionsinitiative. Im EDA gibt es die Befürchtung, dass man mit dem Vorgehen bei den Bilateralen III einen gefährlichen Präzedenzfall schafft.

Norina Frey stimmt zu, dass es heikel ist. Die SPK-S hat mit der Annahme der parlamentarischen Initiative einen Weg eingeschlagen. Dieser ist politisch nachvollziehbar, aber juristisch umstritten. Künftig könnten auch Forderungen kommen, Freihandelsabkommen mit einem Schiedsgerichtsmechanismus ebenfalls dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Die Linken könnten so beispielsweise das doppelte Mehr bei ungeliebten Abkommen verlangen. Basierend auf der Argumentation von Seiler hätte die Schweiz streng genommen auch das Freihandelsabkommen mit Indien nicht abschliessen können, weil auch diese Aufenthaltsrechte von gewissen Gruppen regelten. Zudem müssen wir uns auch noch mit der Kompass-Initiative beschäftigen, welche in eine ähnliche Richtung geht.

Christa Markwalder weist darauf hin, dass Freihandelsabkommen früher nicht mal dem fakultativen Referendum unterstanden. Beim Abkommen mit Georgien gab es dann ein Gutachten des Bundesamts für Justiz, dieses dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Ähnliche Anträge gab es auch beim Freihandelsabkommen mit China 2014. Aus ihrer Sicht regelt die Verfassung die Genehmigung

völkerrechtlicher Verträge klar und abschliessend. Sie hält nichts von den sui generis Diskussionen. Sie unterstützt das Votum von Norina Frey, das grosse Ganze im Auge zu behalten. Die Schweiz verfolgt beinahe eine autistische Diskussion. Jetzt haben wir endlich ein bilaterales Vertragspaket auf dem Tisch, in dem alle Details geregelt sind und machen uns im Inland das Leben selber schwer. Die geopolitische Grosswetterlage wird dabei komplett ausgeblendet. Sie fragt sich, wie man seitens Gegner den Antrag auf Sistierung selbst bei einem Ja am 14. Juni überhaupt begründen kann.

Norina Frey betont, dass es wichtige Köpfe sind, die sich im Ständerat über die Detailfragen beugen. Sie bittet die anwesenden Konzerne, ihre General Counsels zu aktivieren. Es ist wichtig, dass sich die eigenen Juristen in die Diskussionen einbringen. Wenn künftig alle Staatsverträge, welche die Übernahme wichtiger rechtssetzender Bestimmungen enthalten, gemäss der Kompass-Initiative dem doppelten Mehr unterliegen, könnte das bspw. auch das Fatca-Abkommen und weitere betreffen.

Luc Schnurrenberger erinnert in diesem Kontext auch an das deutliche Nein-Votum bei der Abstimmung Staatsverträge vors Volk im Jahr 2012.

François Gabella fragt, wie hoch das Risiko einer Sistierung nach einem Ja zur Chaos-Initiative ist und von welchen Zeitperioden man ausgehen kann.

Norina Frey betont, dass sich Bundesrat und die Parteien derzeit Gedanken machen, wie man auf ein allfälliges Ja reagieren würde. Sie geht davon aus, dass man den Ball der SVP zuwerfen wird, die dann sagen soll, wer künftig noch kommen kann. Der Abstimmungsausgang wird auch die Diskussion über die Schutzklausel prägen. Mit Blick auf die Grenzgänger-Thematik bleibt wichtig zu betonen, dass das Paket Bilaterale III verglichen mit heute Verbesserungen bringt. Nur mit dem neuen Paket gibt es einen Schiedsgerichtsmechanismus und die Verhältnismässigkeit bei Ausgleichsmassnahmen.

Adam Baha fragt, wann die definitiven Entscheide im Ständerat fallen werden.

Norina Frey antwortet, dass der Ständerat die Frist hat, bis zur Herbstsession eine finale Entscheidung zu fällen. Ende der laufenden Woche wird sich die SPK-N zur parlamentarischen Initiative aus ihrer Schwesterkommission SPK-S befassen.

William Wild fragt, wie economiesuisse das Kooperationsabkommen Gesundheit beurteilt. Er habe bei scienceindustries und Interpharma vernommen, dass Unsicherheiten in Bezug auf das Ausmass der dynamischen Rechtsübernahme bestehen.

Norina Frey antwortet, dass uns diese Diskussion bekannt ist. Es ist aber kein Showstopper. Die zuständige Kommission SGK-S hat dem Abkommen klar zugestimmt.

Christa Markwalder geht auf die Grenzgänger-Thematik ein. Diese Frage ist schon seit Ewigkeiten auf dem Tisch. Bisher erstattete die Schweiz dem Wohnsitzstaat im Rahmen der Rückerstattungspflicht je nach Dauer der Anstellung drei bis fünf Monate der von ihnen ausbezahlten Arbeitslosenentschädigung zurück. Die EU wollte aber schon immer, dass die Schweiz für die Auszahlung der Arbeitslosengelder zuständig wird und die arbeitslosen Grenzgänger in die ALV aufnimmt. Das hat mit den Bilateralen III nichts zu tun. Die Schweiz muss diese Neuregelung im Rahmen des bestehenden Personenfreizügigkeitsabkommens übernehmen.

Norina Frey bestätigt dies und verweist auch auf die EU-Stahlschutzmassnahmen. Dort reagiert die EU auf die aktuelle geopolitische Situation. Diese Massnahmen sind nicht explizit gegen die Schweiz gerichtet, aber dennoch ist die Schweiz davon betroffen. Zudem schafft auch die Digitalisierung neue Handelshemmnisse. Der Kontinent entwickelt sich zweifellos auch ohne die Schweiz weiter. Aber ob die Schweiz sich ohne Kontinent weiterentwickeln kann, ist eine andere Frage.

4 Update aus Brüssel: «Buy European», Industrial Accelerator Act (IAA)

Elina Häring vertritt François Baur. Die Ziele des IAA sind die Schaffung vereinfachter Genehmigungen für nachhaltige Industrieprojekte sowie die Erhöhung des Industrieanteils im EU-BIP auf über 20 Prozent. Schwerpunkte sind energieintensive Branchen, Automobil-Wertschöpfungsketten und wichtige Netto-Null-Technologien für die nachhaltige Industrie. Die sogenannte «European Preference» soll für kritische Komponenten in der nachhaltigen Energieproduktion, für die Finanzierung über öffentliche Ausschreibungen sowie für Elektrofahrzeuge und deren Teile gelten. Drittstaaten können gleich behandelt werden wie EU-Mitgliedstaaten, sofern diese als sogenannte «trusted partners» eingestuft werden.

Elina Häring beschreibt den Gesetzgebungsprozess zum IAA auf EU-Stufe. Vor oder nach der Sommerpause 2026 werden EU-Parlament und -Rat ihre Verhandlungspositionen festlegen. Im Herbst 2026 wird dann voraussichtlich die Kompromissbildung zwischen Parlament, Rat und Kommission (Trilog) erfolgen. Bis Ende 2026 ist eine politische Einigung und formelle Verabschiedung auf EU-Ebene vorgesehen. 12 Monate nach Veröffentlichung, also bis etwa Ende 2027, soll die Anwendung zentraler Genehmigungsbestimmungen beginnen. Und ab dem 1. Januar 2029 sollen die überarbeiteten Bestimmungen für das öffentliche Beschaffungswesen in Kraft treten.

Elina Häring betont, dass die Konsultation der EU-Kommission noch bis zum 18. Juni 2026 andauern wird. economiesuisse wird in diesem Rahmen eine Stellungnahme einreichen. Rückmeldungen von Mitgliedern an uns müssen deshalb bis zum 10. Juni erfolgen. Darüber hinaus plant Christophe Grudler, Berichterstatter im EU-Parlament zum IAA, eine separate Konsultation bis Ende Mai 2026. Auch daran wird economiesuisse teilnehmen. Die Antworten fliessen dann in die Berichterstattung von ITRE ein.

Elina Häring betont, dass «Made-in-EU» kommen wird. Der nächste Bericht aus Brüssel wird eine Übersicht zu allen betroffenen Themenbereichen enthalten. Das Ziel der Schweizer Wirtschaft muss sein, dass die Schweiz als «trusted partner» eingestuft wird. Die Mitgliedstaaten des Südens, angeführt von Frankreich, sind für eine möglichst enge Fassung des Begriffs, nordische Staaten wie Deutschland sind für eine weitere Fassung. Auch Business Europe muss eine gemeinsame Position zu «Made-in-EU» und den «trusted partners» finden. Grundsätzlich positiv ist, dass die Schweiz die Kriterien für «trusted partner» gemäss IAA-Entwurf erfüllt (bestehendes Freihandelsabkommen, Signatarstaat der revidierten WHO-Übereinkunft über das öffentliche Beschaffungswesen, bilaterales Abkommen Schweiz-EU über das öffentliche Beschaffungswesen). Zudem würden auch mögliche zusätzliche Kriterien für IAA durch die Schweiz erfüllt (gleichwertige Umweltgesetzgebung, gleicher CO₂-Preis dank Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU, eng integrierte Wertschöpfungsketten).

Elina Häring erklärt, dass economiesuisse in enger Absprache mit dem Seco alles dafür tut, um die Schweiz gegenüber den EU-Institutionen als «trusted partner» zu positionieren. Die eng integrierten Wertschöpfungsketten bilden eine wichtige Argumentationsbasis. Nach der Sommerpause wird es zudem eine Reise von hochrangigen Schweizer Firmenchefs nach Brüssel geben. Die Botschaft wird sein, dass die Schweiz nicht das Problem, sondern Teil der Lösung ist.

François Gabella fragt, was für die Schweiz künftig alles auf dem Spiel steht.

Catia Capaul erklärt, dass es konkret darum geht, welche ausländischen Firmen künftig noch bei den betreffenden öffentlichen Beschaffungen in der EU berücksichtigt werden können. Wenn die Schweiz nicht als «trusted partner» eingestuft wird, können Schweizer Firmen für die betreffenden öffentlichen Beschaffungen keine Produkte mehr liefern.

Norina Frey ergänzt, dass es sich um ein neues Handelshemmnis handelt. Der IAA betrifft das öffentliche Beschaffungswesen aber auch gewisse Förderprogramme. Die Sache hat für uns oberste Priorität. Die Schweiz und ihre Top-Firmen sind ein wichtiger Bestandteil europäischer Lieferketten. Das wird auch Teil der Botschaft der Schweizer Firmenvertreter bei ihrer Reise nach Brüssel sein.

Peter Flückiger macht ein konkretes Beispiel zur «Made-in-EU»-Problematik. Die Praxisänderung wird in Frankreich im Defense-Bereich bereits angewendet. Dort werden Schweizer Firmen jetzt explizit ausgeschlossen. Eine französische Weberei hat bis vor kurzem Stoffe in die Schweiz geliefert und wir dann zurück an die französische Armee. Das ist nun nicht mehr möglich. Alle Teile der Wertschöpfungskette müssen sich neu in EU- oder EWR-Staaten befinden.

Rudolf Minsch ergänzt, dass die «trusted partner»-Definition weitreichende Folgen haben kann. Diese könnte bspw. auch bei den Fördertatbeständen im Competitiveness Fund der EU eine Rolle spielen. Falls bspw. die EU eine Batterie-Subvention gewährt, dürften plötzlich keine Schweizer Teile als Vorleistungen mehr inkludiert werden. Schweizer Firmen sind oft als Zulieferer in der Automobil-Lieferkette betroffen.

Lucia Döbeli macht darauf aufmerksam, dass die Definition auch im Gesundheitswesen eine Rolle spielt. Man darf nicht vergessen, dass der Gesundheitssektor in vielen EU-Mitgliedstaaten zu einem grossen Teil unter das öffentliche Beschaffungswesen fällt.

Céline Faeh ergänzt, dass IAA nur einen Teil der öffentlichen Beschaffungen betrifft. Die Überarbeitung der EU Public Procurement Directive ist noch wichtiger. Diese gilt dann für alles und eine Nichteinstufung der Schweiz als «trusted partner» hätte noch schwerwiegendere Auswirkungen.

Adrian Hunn bemerkt, dass sie derzeit daran sind, ihre Dachverbände auf europäischer Ebene einzusetzen, damit die Schweiz als «trusted partner» eingestuft wird. Von Medtech Europe haben sie positive Signale erhalten, dass sie uns hier unterstützen.

Catia Capaul erwähnt das Lobbying von economiesuisse bei Business Europe. Andere nationale Dachverbände wollen den Bereich der «trusted partner» teils stark einschränken (z.B. nur EWR-Staaten). Sie fragt, wie dies bei Medtech Europe aussieht.

Norina Frey glaubt, dass wir hier Support erhalten werden. Sie werden gemeinsam mit UK lobbyieren und die irische Ratspräsidentschaft unterstützt uns dabei. Die Iren sind für die Federführung des Trilogs zuständig, was von Vorteil ist. Sie haben kein Interesse daran, dass die EU in der Wettbewerbsfähigkeit weiter zurückfliegt.

Peter Flückiger unterstützt den Input von Adrian Hunn. Sie haben seitens Swiss Textiles die IAA-Thematik im Rahmen von Euratex als gesamteuropäisches Thema verkauft. Wenn wir von «Made-in-Europe» sprechen, müssen wir über europäische Lieferketten sprechen. Sie haben bei ihren EFTA-Partnern, UK, Türkei und den West-Balkan-Staaten interveniert, da sie alle ebenfalls Teil der europäischen Lieferketten und damit vom IAA betroffen sind. Wie es bei anderen Branchen ist, kann er nicht beurteilen.

Adam Baha fragt, ob es beim IAA einen Konnex mit den verschärften Investitionskontrollen in der EU gibt.

Luc Schnurrenberger verneint dies und ergänzt, dass die EU mit den verschärften Investitionskontrollen versucht, das EU-Umfeld für eigene Inward-FDI zu verbessern.

Catia Capaul weist darauf hin, dass diese Instrumente seitens der EU darum geschaffen wurden, weil es andere Staaten wie die USA oder China auch machen. Die EU will sich und ihren eigenen Markt schützen, weil andere Grossmächte dasselbe tun. Die Schweiz gerät hier nun als Kollateralschaden zwischen die Fronten.

Christa Markwalder fragt, ob wir nach einer möglichen Annahme der «Nachhaltigkeitsinitiative» am 14. Juni mit einem Szenario wie damals beim Entzug der Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse durch die EU rechnen müssen.

Norina Frey betont, dass die EU gemäss Bundesrat erst dann Massnahmen ergreifen wird, sobald die Schweiz Massnahmen ergreift. Es gibt auch einen gewissen Handlungsspielraum. Zum Beispiel könnte die Schweiz bei einer Annahme der Bilaterale III künftig die Schutzklausel aktivieren.

5 Verhandlungen Schweiz-USA: Stand der Dinge

Luc Schnurrenberger berichtet, dass nur wenige Infos zum Verhandlungsprozess nach aussen dringen. Es gab zwei Verhandlungsrunden, eine dritte ist noch nicht festgelegt. Zudem gab es eine Reihe informeller Gespräche. Parallel zu den Verhandlungen laufen im Kontext der gesamten Section 301 Untersuchungen («overcapacity» und «forced labour»). Bevor diese Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, will die US-Seite der Schweiz in diesen Bereichen keine Zugeständnisse machen.

Luc Schnurrenberger erwähnt, dass es eine Timeline für einen ersten Entwurf des Untersuchungsberichts zu Section 301 bis Ende Mai geben soll. In Bezug auf die Schweiz geht man nicht davon aus, dass wir spezifisch abgestraft werden. Es bestehen aber Risiken z.B. im Bereich Währungs- und Zinspolitik. Darüber hinaus gibt es auch angekündigte Section 301 Untersuchungen im Pharma-Bereich. Diese wurden bisher aber nicht umgesetzt. Zudem geht es bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und den USA inzwischen auch um nichttarifäre Bereiche wie bspw. die Zulassung von durch die FDA geprüfte US-Medizinprodukte und US-Autos.

Luc Schnurrenberger hebt hervor, dass ein beständiger Deal ebenso wichtig ist wie ein tiefer Zollsatz. So hat bspw. die EU trotz einem bestehenden Deal wenig Rechtssicherheit. Weder die Gerichte noch die Demokraten werden das jetzige Zollproblem für die Schweiz lösen. Es gibt «bipartisan support» dafür. Die Zölle sind hier, um zu bleiben. Auf amerikanischer Seite wird ein Verhandlungsabschluss bis Ende Juli angestrebt, weil die Section 122 Zölle dann auslaufen werden. Das USTR hat öffentliche Anhörungen zu den Section 301 Untersuchungen durchgeführt, an denen sich die Schweiz wie viele andere Länder nicht beteiligt hat. Es gleicht etwas einer Alibiübung. Das USTR ist gesetzlich dazu verpflichtet, diese Anhörungen durchzuführen, damit die neuen Zölle auf Basis von Section 301 rechtlich so gut wie möglich abgestützt sind.

Linda Steiner fragt, ob es eine Lobbying-Kampagne in Washington gibt respektive ob wir wissen, wer diese in Auftrag gegeben hat.

Luc Schnurrenberger antwortet, dass die Schweizer Botschaft vor Ort und auch das SECO sehr aktiv sind. Vermutlich kommen noch weitere Lobbyingbemühungen auf privatwirtschaftlicher Ebene dazu. Er fragt, ob die einzelnen Branchen mehr dazu wissen.

Ronald Abegglen bezieht sich auf einen Blick-Artikel, der besagt, dass die American-Swiss Foundation fürs Lobbying beauftragt wurde. Dort sind auch Edward McMullen, der ehemalige US-Botschafter in Bern, und weitere hochkarätige Personen mit dabei. Denkbar sind auch Bemühungen von Privatpersonen wie beispielsweise Alfred Gantner.

Luc Schnurrenberger macht auf den [Zoll-Ticker von economiesuisse](#) aufmerksam, mit dem die Geschäftsstelle versucht, die aktuellen Entwicklungen abzubilden. Am 7. Mai 2026 wurden die Zölle von Section 122 von einem US-Handelsgericht als rechtswidrig beurteilt. Zudem gab es neue Entwicklungen im Handelsabkommen USA-EU. Der Prozess für die Rückerstattungen der unter dem IEEPA rechtswidrig erhobenen Importzölle wurde von der US-Administration etabliert. Es gibt einige Schweizer Firmen in den USA, die nun versuchen, als US-Importeure eine Rückerstattung zu beantragen. Erfreulich ist, dass die USA immerhin das in der Absichtserklärung vom November beabsichtigte Cap von 15 Prozent bei Pharmaprodukten einhalten.

William Wild fragt, ab wann man Neuigkeiten erwarten kann und wie die Vereinbarungen zwischen den USA und der EU die Schweizer Verhandlungsposition beeinflussen.

Luc Schnurrenberger erinnert, dass noch keine dritte Verhandlungsrunde festgelegt wurde und das SECO auch nicht sagen kann, wann dies geschehen wird. Vor kurzem war die ganze US-Administration in China und dementsprechend beschäftigt.

6 Diskussion auf Wunsch

Freihandelsabkommen: Aktueller Stand

Luc Schnurrenberger geht auf die laufenden Freihandelsverhandlungen und die Abkommen im Ratifikationsprozess ein. Beim Freihandelsabkommen EFTA-Mercosur gibt es mehrere Herausforderungen. Zunächst einmal ist eine rasche parlamentarische Genehmigung wichtig, um gleich lange Spiesse mit der EU zu sichern, die das Abkommen seit dem 1. Mai vorläufig anwendet. Die APK-N hat das Abkommen zwar genehmigt, aber damit verbunden zugleich die Übernahme der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) gefordert. Die Bauern fordern zudem Agrar-Begleitmassnahmen. Wir versuchen zu verhindern, dass solche mit dem Abkommen verknüpft werden.

Céline Faeh fragt, ob das EU-Mercosur-Abkommen ausgesetzt werden könnte, sobald die Prüfung des EuGH abgeschlossen ist und wann mit einem Urteil zu rechnen ist.

Luc Schnurrenberger betont, dass dies derzeit völlig unklar ist.

Adam Baha streicht hervor, dass die Mercosur-Staaten selbst die EUDR ablehnen.

Luc Schnurrenberger unterstützt sein Votum und ergänzt, dass wir hier etwas einführen würden, dass unsere Partner im Mercosur gar nicht wollen.

Catia Capaul verweist zudem auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EUDR in der EU.

William Wild fragt, ob mit einem Referendum zur Modernisierung des Freihandelsabkommen Schweiz-China zu rechnen ist und wann dieses voraussichtlich ergriffen wird.

Luc Schnurrenberger unterstreicht, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Ein Referendum ist denkbar, weil gewisse linke Kreise dieses schon lange vor Verhandlungsabschluss angekündigt haben. Für die Benennung einer Timeline ist es jedoch noch zu früh.

William Wild findet es wichtig, dass bei den Verhandlungen mit China das Kapitel zu IPR nicht geöffnet wird. Bei UK ist es für die Branche wichtig, dass ein Gold-Standard bei IPR erzielt wird.

Catia Capaul weist darauf hin, dass die Verhandlungen der Schweiz mit UK nach wie vor andauern. Das geistige Eigentum ist einer der möglichen Stolpersteine, die noch nicht fertig verhandelt sind. Wir haben bei unseren Gesprächen mit dem Seco und den britischen Behörden sowie britischen Wirtschaftsvertretern jedoch sehr klar gemacht, dass wir im Bereich IPR eine gute Lösung brauchen. Ziel der Verhandlungen mit UK ist, noch dieses Jahr abzuschliessen.

Luc Schnurrenberger verweist auch noch auf das neue Digitalabkommen mit Singapur, welches demnächst ins Parlament kommt.

Rudolf Minsch fügt hinzu, dass die Verhandlungen Schweiz-China gemäss SECO gut verlaufen. Sie könnten per Ende Jahr abgeschlossen werden. Der Gesetzgebungsprozess wird bald darauf starten. Beim SECO gehen alle davon aus, dass das Abkommen dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Falls das

Abkommen eine Referendumsabstimmung nicht übersteht, droht sich das Verhältnis der Schweiz mit China stark abzukühlen. Bis jetzt sind wir die Darlings der Chinesen.

Update DaziT

Catia Capaul erläutert, dass es bei DaziT um neue digitale Systeme für die Verzollung von Schweizer Exporten und Importen geht. Letztes Jahr war bei der Umstellung auf Passar die Ausfuhr dran, dieses Jahr erfolgt die Umstellung der Verkehrsrichtung Einfuhr. Die technischen Arbeiten in der Arbeitsgruppe Zoll & Ursprung gehen weiter. Es wäre wichtig, dass die kantonalen Industrie- und Handelskammern sowie die Branchenverbände ihre Mitglieder informieren. Das BAZG hat ausführliche Infos zum Systemwechsel auf seiner Webseite. Es ist wichtig, dass die Infos über die Umstellung so rasch wie möglich bei den betroffenen Firmen landen.

7 Varia

Gabriel Schweizer fragt, ob wir das Abkommen über Klimawandel, Handel & Nachhaltigkeit (ACCTS), das sich derzeit in der Vernehmlassung befindet, auf dem Schirm haben.

Luc Schnurrenberger bejaht. Eine parlamentarische Kommission hat auf Druck der Bauern eine Vernehmlassung gestartet, nachdem das Abkommen im Erstrat schon durch war. Wir haben zum ACCTS eine interne Konsultation gestartet.

Catia Capaul betont, dass derzeit nur wenige Länder und kleinere Wirtschaftspartner der Schweiz beim ACCTS mit dabei sind. Allerdings könnten weitere Staaten dazustossen, denn ACCTS ist ein neuartiges, offenes plurilaterales Abkommen. Zudem geht es spezifisch um nachhaltige Produkte und somit um einen neuen Ansatz für Handelsabkommen. Es interessiert uns sehr, was einzelne Branchen und Regionen darüber denken.

Pascal Wüthrich appelliert an die Mitglieder der Aussenwirtschaftskommission, sich im Hinblick auf die Abstimmung über die Chaos-Initiative am 14. Juni im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu engagieren.

Nicola Sollberger betont die Bedeutung der Schlussmobilisierung. Es sei jetzt wichtig, im eigenen Umfeld das Gespräch mit den Menschen zu suchen und auch innerhalb der Organisationen Aufrufe zu machen.

François Gabella sieht beim Diskurs keine grossen Unterschiede zwischen den Regionen. Sie hatten im VA eine Strategiediskussion. Er hat sich dafür eingesetzt, in die Offensive zu gehen. Er hält es für gefährlich, wenn wir kein Wort über die Befürworter-Argumente verlieren. Wir sollten unsere Offensiv-Argumente weiter pushen, aber auch auf die Sorgen der Menschen eingehen.

Ronald Abegglen bemerkt, dass viele Leute ein Zeichen setzen. Es wäre aber ein falsches Zeichen.

Adam Baha fragt, ob wir bei unserer Argumentation auch einen Konnex zu den Bilateralen III machen, weil das in der Romandie teils gut funktioniert.

Nicola Sollberger betont, dass die Kampagne diesen Konnex zu vermeiden versucht. Es ist wichtig zu betonen, dass die SVP die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die bestehenden Verträge aufs Spiel setzen will.

Céline Faeh fragt sich, ob sich die Menschen bewusst sind, wie gefährlich es ist, einfach mal ein Zeichen zu setzen.

Nicola Sollberger weist darauf hin, dass der Spielraum im Parlament relativ klein ist. Nach Erreichung der im Text beschriebenen Schwellen müssen Bundesrat und Parlament handeln.

William Wild betont, dass die Initianten keine gleichwertige Alternative zum bilateralen Weg vorschlagen.

Luc Schnurrenberger weist auf das Datum der nächsten Sitzung hin. Diese soll am 9. September 2026 von 13:30 bis 15.30 Uhr unter der Leitung der neuen Bereichsleiterin Aussenwirtschaft, Monica Rubiolo, stattfinden.

François Gabella schliesst die Sitzung.